



LAbg. Michael Ritsch
Clubobmann

Teuerungs- abgeltung

Die SPÖ scheint als einzige Partei zu begreifen, dass durch die geplante Streichung der Teuerungsabgeltung vor allem wieder die Frauen die Leidtragenden sind: Denn auch die KindergartenpädagogInnen, die Kranken- und AltenpflegerInnen sowie die meisten anderen sozialen Berufe, die zum überwiegenden Teil von Frauen ausgeübt werden, sind an die Dienstverträge der Landesbediensteten gekoppelt.

Wenn der ÖVP die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht einmal mehr die Inflationsabgeltung wert sind, ist das eine unglaubliche Minderwertschätzung der Leistung aller Gemeinde- und Landesbediensteten. Die SPÖ hat sich massiv gegen die Streichung der Teuerungsabgeltung gewehrt, wir sind sogar demonstrativ auf die Straße gegangen. Ein reiches Land wie Vorarlberg muss andere Wege finden, um Sparmaßnahmen durchzuführen, ohne dabei die Gehälter der eigenen Mitarbeiter und die Existenz derer Familien angreifen zu müssen.

NEIN zur Abschaffung der Teuerungsabgeltung

Trotz massivem Widerstand der SPÖ hat die ÖVP gemeinsam mit der FPÖ am 6. Oktober im Landtag die Abschaffung der Teuerungsautomatik für Landes- und Gemeindebedienstete beschlossen.



Foto: pixelio.de/Ernst Rose

Somit hat die Landesregierung nunmehr freie Hand, auch so genannte Nulllohnstunden für Landes- und Gemeindebedienstete durchzusetzen. Doch Nulllohnstunden bedeuten immer einen Lohnverlust, da nicht einmal die Inflation abgegolten wird.

Die SPÖ hat sich demonstrativ gegen die Abschaffung der Teuerungsabgeltung gewehrt. Und zwar auf keinen Fall aus dem Grund, um Spitzenverdiener zu belohnen! Vielmehr geht es um die Rechte jener zahlreichen Landes- und Gemeindebediensteten, die nicht zu den Beziehern von Spitzengehältern zählen.

Die SPÖ-Abänderungsanträge, dass alle Gehälter bzw. Gehaltsteile, die unter der Höchstbeitragsgrundlage nach dem ASVG liegen, weiterhin automatisch an die Teuerung angepasst werden sollten, wurden von der ÖVP-Regierung leider abgelehnt. All jene Gehaltsteile, die über dieser Grenze (aktuell 4.110,- Euro brutto) liegen, hätten demnach mit Fixbeträgen oder auch prozentuell angehoben werden KÖNNEN.

Das Beispiel der Landeshauptstadt Bregenz zeigt, dass nur sehr wenige Gehaltsempfänger über dieser Grenze zu finden sind. Lediglich 20 von 489 Beschäftigten liegen in Gehaltsklassen, in welchen über 4.000,- brutto verdient werden kann. Somit liegen 96 Prozent dieser Beschäftigten in einer Gehaltsklasse unter 4.000,- Euro.

Die SPÖ hat sich im Vorfeld auch auf der Straße dafür eingesetzt, dass circa 11.000 Beschäftigte in Kindergärten, Krankenanstalten, Pflegeheimen und Bauhöfen sowie in der Gemeindevverwaltung und in der Landesverwaltung, die unverzichtbare und gute Arbeit leisten, ordentlich bezahlt werden. Diese MitarbeiterInnen sollten auf keinen Fall mit Minuslohnstunden bestraft werden.

Kindergarten- pädagog- Innen

Bereits mehr als jede dritte Vorarlberger Gemeinde kann mittlerweile ihre Ausgaben nicht mehr durch ihre Einnahmen im ordentlichen Haushalt decken. Dies betrifft nicht nur kleinere Gemeinden, sondern auch große Gemeinden und Städte wie etwa Bludenz, Bregenz, Feldkirch oder Hard.



**LABg. Michael Ritsch
Clubobmann**

Die Schulden der Vorarlberger Gemeinden belaufen sich insgesamt auf rund 800 Millionen Euro mit Tendenz in Richtung einer Milliarde Euro. Dem gegenüber steht das Land Vorarlberg quasi schuldenfrei da und verfügt zudem über Rücklagen bzw. vermögende Unternehmen, wie z.B. die Illwerke/VKW/VEG oder die Vorarlberger Hypo-Landesbank.

Die Lohnkosten für die Kindergärten teilen sich Land und Gemeinden im Verhältnis 60 Prozent : 40 Prozent. Nach Ansicht der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion sollte das Land jedoch die gesamten Lohnkosten für die Kindergartenpädagogik übernehmen und hat einen entsprechenden Antrag an die Landesregierung gestellt. Unser Ansinnen wurde leider von der ÖVP und der FPÖ abgelehnt. Dies ist äußerst bedauerlich, da Kindergärten ebenfalls als wichtige Bildungseinrichtungen anzusehen sind und die Vorarlberger Gemeinden dadurch finanziell entlastet hätten werden können.

Mindestsiche- rung 14 Mal gefordert

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung basiert auf einer Vereinbarung der Bundesregierung mit den Ländern, die von den neun Landtagen in neun unterschiedliche Landesausführungsgesetze gegossen werden.



LABg. Dr. Gabi Sprickler Falschlunger

Auch der Vorarlberger Landtag hat nunmehr in der vergangenen Sitzung die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung beschlossen. Die Mindestsicherung ersetzt die Sozialhilfe, alle Betroffenen werden in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen und erhalten eine e-card. Dem hat auch die SPÖ zugestimmt.

Da die Mindestsicherung aber mit 744 Euro monatlich deutlich unter dem Schwellenwert für Armutsgefährdung (951 Euro) liegt, hat die SPÖ den Abänderungsantrag gestellt, die Mindestsicherung 14 Mal pro Jahr auszubezahlen. Diesen Antrag haben ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Auch ein weiterer Antrag der SPÖ wurde von der ÖVP-Mehrheit abgelehnt: Um Hautkrebskrankungen frühzeitig zu erkennen und damit die Heilungschancen zu verbessern, hat die SPÖ im Vorarlberger Landtag den Antrag gestellt, Risikogruppen zu definieren und für diese die Hautvorsorge kostenlos anzubieten. Die Kosten könnten zwischen Land und Krankenkasse aufgeteilt werden.

Internetvo- ting: „Aktu- elle Stunde“

Der Wunsch nach mehr direkter Demokratie hat die Opposition in Vorarlberg dazu veranlasst, das Thema der Aktuellen Stunde im Internet bestimmen zu lassen. Über die Webseite „vorarlberg-bricht-auf.at“ konnte jeder Interessierte bekannt geben, was ihm am meisten auf der Seele brennt und danach über die Themen abstimmen.



LABg. Mirjam Jäger

Dass das brisante Thema „Verkehrslösung Rheintal“ priorisiert wurde, verwundert nicht. Denn schon seit Jahrzehnten wird hierfür unter der ÖVP bzw. ÖVP/FPÖ-Regierung erfolglos nach Verkehrslösungen gesucht.

Seit 1985 wird z.B. in Feldkirch diskutiert. Nachdem der Letztetunnel fallen gelassen werden musste, wird jetzt über eine Lösung „Feldkirch Süd“ nachgedacht. Oder seit über 33 Jahren wird an einer S18 und an der Entlastung von Lustenau bzw. Höchst und Fußach geplant.

Wir stehen hinter dem konsensorientierten Planungsverfahren „Mobil im Rheintal“ mit Einbindung der Bevölkerung. Wir brauchen aber nicht nur konkrete, realisierbare zukunftsorientierte Konzepte, sondern auch deren Umsetzung.

Und wir fordern nicht nur den einseitigen Ausbau der Straße, sondern auch erneut den Ausbau des ÖPNV. Leider wurde aber z.B. die Realisierung einer Ringstraßenbahn seinerzeit weder diskutiert noch umgesetzt. Wir dürfen uns auch nicht vor neuen Ideen verschließen, z.B. der Bemaunung der Straßen.

Aktuelle Stunde:

Abstimmung über „vorarlberg-bricht-auf.at“ (Internet / hybrib):
„Verkehrssituation Rheintal - Entspannung und großräumige Lösungen!“

Beschlüsse ... Anfragen ... Sonstiges

Anträge und Berichte:

Bericht des Rechtsausschusses betreffend
Bedarfsorientierte Mindestsicherung –
Zustimmung von ÖVP und SPÖ.

Vorlage des Rechtsausschusses betreffend
**Änderung des Landesbedienstetengesetzes
1988** – Zustimmung von ÖVP und FPÖ.

Vorlage des Rechtsausschusses betreffend
**Änderung des Landesbedienstetengesetzes
2000** – Zustimmung von ÖVP und FPÖ.

Vorlage des Rechtsausschusses betreffend
**Änderung des Gemeindeangestelltengesetzes
2005** – Zustimmung von ÖVP und FPÖ.

Vorlage des Rechtsausschusses betreffend
Änderung des Bezügegesetzes 1998 – Zustimmung
von ÖVP, FPÖ und SPÖ.

ÖVP-Antrag betreffend **Änderung des Gemein-
debedienstetengesetzes 1988** – Zustimmung
von ÖVP und FPÖ.

Grünen-Antrag betreffend **Vorarlberger Par-
teigesetz** – Zustimmung von den Grünen.

SPÖ-Antrag betreffend **Hautkrebs-Vorsorge** –
Zustimmung von FPÖ, Grünen und SPÖ.

ÖVP/FPÖ-Antrag betreffend **Lebensschutz
forcieren** – Zustimmung von ÖVP und FPÖ.

Grünen-Antrag betreffend **Umsetzung der
Forderungen des Naturschutzrates** – Zustim-
mung von Grünen und SPÖ.

Bericht des Finanzausschusses zu einer Vor-
lage der Landesregierung betreffend einen
Antrag auf **Genehmigung des Rechnungs-
abschlusses und des Rechenschaftsberichtes
des Vorarlberger Landeskriegsopferfonds für
das Jahr 2009 einschließlich Prüfbericht der
Abteilung Gebarungskontrolle (IIIc) über die
Gebarungsprüfung** – einstimmig beschlossen.

SPÖ-Antrag betreffend **Gemeinden entlasten
– Personalkosten für Kindergartenpäda-
gogInnen vom Land zu tragen** – Zustimmung
von Grünen und SPÖ.

Bericht des Landwirtschaftlichen Ausschusses
betreffend Antrag auf Kenntnisnahme des
Berichtes über die **Vorarlberger Land- und
Forstwirtschaft 2010** – einstimmig zur Kennt-
nis genommen.

SPÖ-Antrag betreffend **Schieneverkehr im
süddeutschen Raum** – Zustimmung von FPÖ,
Grünen und SPÖ.

SPÖ-Antrag betreffend **Armutsverhinderung
durch die Mindestsicherung** – Zustimmung
von Grünen und SPÖ.

SPÖ Schlins

Volksabstimmung Turnsportzentrum Süd

Die SPÖ begrüßt die in der Gemeinde Schlins auf Antrag der Bürgerinitiative „Lebenswertes Schlins“ gemeinsam mit der SPÖ Schlins betreffend Turnsportzentrum Süd ins Leben gerufene Volksabstimmung, die am 14. November stattfinden wird.

Das Land möchte sparen und die meisten Vorarlberger Gemeinden sind hoch verschuldet. Deshalb sollten solche kostspieligen Projekte sehr gut überdacht und die Meinung der Schlinsler Bürger diesbezüglich berücksichtigt werden. Durch den regionalen Charakter des Turnsportzentrums wäre es Anlaufpunkt für zahlreiche Spitzensportler und Sportschüler einer gesamten Region.

Bei den Investitionskosten kann die Gemeinde Schlins zwar auf eine Förderung durch das Land

verweisen, doch die laufenden Betriebs- und Erhaltungskosten würden die Gemeinde Schlins jahrelang belasten. Das Land sollte generell nicht nur mit punktuellen Förderungen einzelne Gemeinden unterstützen, sondern bei solchen Projekten vermehrt das Augenmerk auf die gesamte Region lenken. Das Land sollte außerdem dafür Sorge tragen, dass auch die Interessen der umliegenden Gemeinden berücksichtigt werden bzw. die gesamte Region in solche Projekte miteinbezogen wird. Dadurch könnten auch die anfallenden Kosten besser verteilt werden bzw. die ebenfalls vom Turnsportzentrum profitierenden Nachbargemeinden an den Kosten beteiligt werden. Von der finanziellen Belastung abgesehen bedeutet der Bau einer solchen Infrastruktureinrichtung mitten in Schlins außerdem auch mehr Verkehr für das Dorf.

Neues aus Wien

Mut zu entscheidenden Schulreformen

Der jüngste OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2010“ unterstreicht eindrucksvoll, dass Österreich im Ländervergleich überdurchschnittlich viel für Schüler und Studenten ausgibt, aber bei den Ergebnissen unterdurchschnittlich bleibt.

Vergleicht man unsere Bildungsausgaben an der Wirtschaftsleistung, liegt Österreich weiterhin deutlich unter dem OECD-Schnitt von 6,2 % im Jahr 2007. Bei uns sind die Ausgaben von ebenfalls 6,2 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahr 1995 auf 5,4 % im Jahr 2007 gesunken.

Budgetmittel umschichten

Wir dürfen den geplanten Sparkurs bei den Bildungsausgaben zumindest kurzfristig nicht einschlagen. Denn bis die geplanten Verwaltungsreformen im Bildungsbereich kommen und die dadurch eingesparten Verwaltungsausgaben unmittelbar in die Unterrichtsarbeit fließen, wird es seine Zeit dauern. Aber mittelfristig können wir um das gleiche Geld die besten Schulen schaffen. Was wir dazu brauchen ist ein effizientes Verwaltungssystem, eine einheitliche und verbesserte LehrerInnenausbildung auf universitärem Niveau und ein neues Dienstrecht. Man muss DirektorInnen und LehrerInnen von unnötigem Verwaltungsbalast befreien, damit sie sich ihrer eigentlichen Arbeit, der Unterrichtsarbeit, widmen können.



NR Elmar Mayer

Die autonome Schule

Das österreichische Schulsystem ist längst nicht mehr zeitgemäß. Die Mehrgleisigkeit Gemeinde-Bezirk-Land-Bund ist unübersichtlich, ineffizient und teuer. Nicht kontrollierbare Summen versickern in einem aufgeblähten Beamtenapparat und fehlen dort, wo die Mittel gebraucht werden – an der Schule. Bei der Auswahl von LehrerInnen ist die Mitsprachemöglichkeit minimalst. Die immer mehr ausufernde Bürokratie entzieht den Schulen praktisch jeden Verantwortungs- und Gestaltungsspielraum. Daher ist Schulautonomie die entscheidende Systemänderung. Um ihren aufgewerteten Herausforderungen entsprechen zu können, brauchen die autonomen Schulen optimale Gestaltungskompetenz für ihren Bildungsauftrag und speziell auf ihre Schule abgestimmte Ressourcen.

Und da war noch ...

...ein 25-minütiger Monolog des ÖVP-Abgeordneten Mathias Kucera im Landtag, der sich bei genauerem Hinhorern „nur“ als Berichtserstattung zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung entpuppt hat.

IMPRESSUM

SPÖ-Landtagsclub, Landhaus,
6900 Bregenz
Tel 05574/511-31315
Fax 05574/511-31395
landtagsclub.vorarlberg@spoe.at
Für den Inhalt verantwortlich:
Mag. (FH) Maria Dür